



Pressemeldung

03.12.2021

Europäischer Untersuchungsausschuss zu Tiertransporten mit ernüchterndem Ergebnis

Den gestern Nachmittag abgestimmten Bericht des europäischen Untersuchungsausschusses zu Tiertransporten kritisiert der Deutsche Tierschutzbund als wenig ambitioniert und unkonkret. 18 Monate hatten sich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses zum Schutz von Tieren beim Transport (ANIT) Zeit genommen, um Informationen über Missstände zusammenzutragen und ihre Empfehlungen zu formulieren. Der Deutsche Tierschutzbund sieht die neue Bundesregierung nun besonders in der Pflicht eine klare Position einzunehmen und alles zu tun, um insbesondere Tiertransporte über weite Strecken und in Drittstaaten zu beenden.

„Der Untersuchungsausschuss hat 18 Monate gebraucht, um lang bekannte Missstände in aufgeweichter Form zu Papier zu bringen. Die Entsetzlichkeit der Tiertransporte – in Anhörungen immer wieder vorgetragen von NGOs und Augenzeugen – spiegelt sich in den Ergebnissen nicht genug wieder. Die Forderungen an die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten sind mehr als dürftig“, so die Einschätzung von Frigga Wirths, Fachreferentin für Tiere in der Landwirtschaft beim Deutschen Tierschutzbund. Dem Ziel, Missstände bei Transporten in der gesamten EU zu beheben und ein höheres Tierschutzniveau einzuführen, sei man nur ein kleines Stückchen näher gerückt, etwa, weil der Untersuchungsausschuss den Einsatz von Kameras beim Be- und Entladen oder ein Transportverbot für unter 35 Tage alte Tiere fordert. Andere Empfehlungen, beispielsweise, dass die Länder Transporte nur genehmigen sollten, wenn europäische Standards eingehalten werden, sind bereits gesetzlich vorgeschrieben – auch, wenn die Realität anders aussieht.

Forderung nach Bekenntnis zum Ende von Langstreckentransporten

„Was im Bericht fehlt, ist die klare Empfehlung, Langstreckentransporte, insbesondere in Länder außerhalb Europas zu beenden“, kommentiert Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Ein solches Bekenntnis fordert Schröder nun von der neuen Bundesregierung: „Eine Verschönerung der tierquälerischen Transporte ist keine Lösung. Deutschland muss Transporte in Drittstaaten beenden, die Transportzeiten auf acht Stunden begrenzen und sich auf EU-Ebene für dieses Ziel stark machen.“ Anstelle von lebenden Tieren müssten Fleisch und genetisches Material transportiert werden. Obwohl dies auch der europäische Untersuchungsausschuss ANIT befürwortet, ist der Zeitplan wenig ambitioniert: Erst bis 2023 soll die EU-Kommission einen Aktionsplan vorlegen, wie diese Umstellung unterstützt werden kann.

Über den Bericht und die Empfehlungen des Ausschusses wird im Januar 2022 im Plenum final abgestimmt.

Bundesgeschäftsstelle
Presseabteilung
In der Raste 10
53129 Bonn
Tel: 0228/60496-24
Fax: 0228/60496-41

E-Mail:
presse@tierschutzbund.de
Internet:
www.tierschutzbund.de

Gemeinnützigkeit
anerkannt

Registergericht
Amtsgericht Bonn
Registernummer
VR3836

Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98
Konto Nr. 40 444

IBAN:
DE88370501980000040444
BIC:
COLS DE 33

